

Vom falschen Umgang mit einer Katastrophe

Wie die SED die Untersuchung und Bewältigung des schwerwiegendsten Grubenunglücks in der Geschichte der DDR verhinderte

Zwickau in Sachsen am Jahresbeginn 2010. Der Winter hat die Erzgebirgsregion fest im Griff, grimmige Kälte und Schneeverwehungen machen den Menschen zu schaffen. In der Gaststätte „Glück Auf“ dagegen ist es mollig warm, in einem kleinen Nebenraum der Bergmannskneipe drängen sich über fünfzig Personen. An einer improvisierten Tafel steht Professor Tammo Redeker von der Bergakademie Freiberg und referiert über Explosionsverläufe und Kohlenmonoxidvergiftungen. Es geht lautstark zu, teils tumultartig. Der Experte für Explosionsforschung dringt schließlich kaum noch durch zu den Menschen. Mehrere kleine Gruppen bilden sich und es wird lebhaft diskutiert. Es geht um Fundsituationen von Leichen und Todeszeitpunkte, Namen werden geraunt und immer wieder fällt das Wort „Stasi“. Die überwiegend älteren Männer, die dort so leidenschaftlich

streiten sind zumeist ehemalige Bergleute oder deren Angehörige. Sie alle vereint ein Interesse: die Geschichte eines folgenschweren Grubenunglücks.¹

Denn fast auf den Tag genau fünfzig Jahre zuvor, am 22. Februar 1960, ereignete sich im Zwickauer „VEB Steinkohlenwerk Karl Marx“ ein Unfall, welcher der verheerendste in der Geschichte des sächsischen Bergbaus im 20. Jahrhundert sein sollte. Gemessen an der Zahl der Todesopfer galt er sogar lange Zeit als der folgenschwerste Unglücksfall in der Geschichte der DDR. Lediglich der Absturz eines Flugzeugs der ostdeutschen Fluggesellschaft Interflug im Jahr 1972 in der Nähe des Ost-Berliner Flughafens Berlin-Schönefeld übersteigt mit 156 Toten die Opferzahl der Zwickauer Grubenkatastrophe. Andere Aufsehen erregende Großschadensereignisse in der DDR, wie z. B. ein Zugunglück

Incorrect handling of a disaster. How the SED prevented the most serious mining accident in the history of the GDR being examined and coped with

On 22 February 1960, an explosion occurred at a depth of about 1,000 metres in VEB Steinkohlenwerk Karl-Marx, a state-owned coal mine at Zwickau in Saxony. The subsequent fire in the mine resulted in the death of 123 miners. Apart from a plane crash at Königswusterhausen near Berlin, this was the civilian accident in the history of the GDR with the most fatalities. Besides a firedamp explosion in Freital near Dresden, it was also the most serious accident in the entire history of mining in Saxony. Although many details of the disaster are known, for example the time and place of the explosion, the number of miners killed or injured and the rescue operations carried out, the cause of the explosion and the precise occurrences are still the subject of fierce controversy 50 years later.

However, less attention has been paid to the question of how the accident was dealt with by the authorities and society under the conditions of the dictatorship in the GDR. Although such accidents, particularly in coal-mining in those days, were not peculiar to Eastern bloc state economies and the course of the disaster and the subsequent rescue measures were not unusual, the GDR party and government leaders tried from the outset to prevent any free expression of opinions on the subject. The SED party, secret police, officials of the state economy and representatives of mining institutions refused to provide those affected with any information and impeded an open debate. By doing so, they obstructed the rescue system, prevented better security measures and increased the suffering of the bereaved, some of whom still do not know what happened to their fathers, sons or husbands. Consequently, the mining disaster in Zwickau is not merely one of many devastating accidents in the history of German or European mining in the post-war era, but above all an example of the consequences of a suppressed debate in society under the SED dictatorship.



Schacht I des Zwickauer VEB Steinkohlenbergwerks Karl Marx auf dem Brückenberg (um 1955). Der von 1859-1865 niedergebrachte ‚Einigkeitsschacht‘ hatte eine Tiefe von 304 Metern und diente von 1867 bis zur Schachtverwahrung 1969 dem Förderbetrieb. Der markante Stahlförderturm wurde im Jahr 1910 errichtet (Aufnahme um 1955)

bei Langenweddingen im Jahr 1967 (94 Tote) oder der Absturz eines sowjetischen Aeroflot-Passagierflugzeugs beim Landeanflug auf Berlin-Schönefeld im Jahr 1986 (72 Tote), hatten zwar ebenfalls schreckliche Folgen, waren jedoch nicht derart opferreich. Das lebhaftere Interesse an dem Ereignis ist mithin nachvollziehbar – doch was ist daran so strittig und warum wühlt es nach so langer Zeit noch derart die Gemüter auf? Der folgende Beitrag soll nicht der technischen Explosionsursachenforschung oder der Diskussion der vielfachen Theorien dienen, sondern die politische und gesellschaftliche Bewältigung eines Katastropheneignisses unter den Bedingungen der SED-Diktatur beschreiben. Dabei wird deutlich werden, wie wichtig für die psychosoziale Aufarbeitung solcher Ereignisse – sowohl für den Einzelnen wie auch für die Gesellschaft – die Möglichkeit der freien Kommunikation ist und welche fatalen Folgen die Unterdrückung derselben bewirkt. In gleichem Maße ist der freie Diskurs – z. B. im Rahmen einer gerichtlichen oder wissenschaftlichen Untersuchung – fruchtbar und notwendig für die technische Ursachenforschung als Grundlage der Unfallvermeidung und Notfallprävention. Indem die Staatspartei SED in der DDR diesen freien Diskurs aus Angst vor einem politischen Imageschaden unterdrückte, förderte sie die Legendenbildung, verhinderte die Verbesserung der Sicherheit in den Grubenbetrieben und verstärkte oder verlängerte das Leiden der Hinterbliebenen.² Damit unterscheidet sich diese Grubenkatastrophe von ansonsten ähnlichen Unfallereignissen.

Ansonsten stehen die Zwickauer Ereignisse weder in der Geschichte des sächsischen noch des DDR-Bergbaus einzig dar. Ebenso wie der Steinkohlenbergbau im rheinisch-westfälischen

oder im lothringischen Steinkohlenrevier ist auch der sächsische Steinkohlenbergbau seit jeher von Grubenunfällen begleitet gewesen. Schachtzusammenbrüche, Brände und Explosionsunfälle kosteten im 19. und 20. Jahrhundert Hunderte Bergleute Gesundheit und Leben. Allein das opferreichste Grubenunglück in der sächsischen Bergbaugeschichte in den „Freiherrlich von Burgker Steinkohlen- und Eisenhüttenwerken“ in Freital bei Dresden forderte im Jahr 1869 276 Tote. Gemessen an der Unfallhäufigkeit waren vor allem die Brückenbergschächte des Zwickauer Steinkohlenreviers besonders gefahrenträchtig.³ Dort ereigneten sich regelmäßig Unfälle mit Verletzten und Toten, z. B. im März 1868 auf dem Einigkeitsschacht eine Schlagwetterexplosion mit 20 Toten, im Dezember 1879 auf dem Ernst-Julius-Schacht eine Schlagwetterexplosion mit 89 Toten und im Dezember 1889 auf dem Morgenstern-Schacht II eine Kohlenstaubexplosion mit 7 Toten. Auch in der Zwischenkriegszeit ereigneten sich in Sachsen trotz insgesamt abnehmender Anzahl der Beschäftigten, der Betriebe sowie der Fördermengen einzelne schwere und auch tödliche Unfälle. Dazu kam im Januar 1921 ein Massenunfall mit 57 Toten infolge einer Schlagwetterexplosion bei der Gewerkschaft Deutschland im Lugau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier.⁴ Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, der Verstaatlichung des sächsischen Bergbaus und der Wieder- oder Neueröffnung zahlreicher Gruben des Kohle- und Erzbergbaus stiegen die Opferzahlen wieder an. Erneut forderten Einzel- und auch Massenunfälle Verletzte und Tote vor allem in den Steinkohlebergwerken. Als Ursache galten regelmäßig veraltete oder verschlissene technische Anlagen und ungenügende Bewetterung, Mangel an geeignetem Ausbaumaterial und ein fluktuationsbedingter Mangel an erfahrenen Bergleuten sowie schließlich die ungenügende Ausstattung der Bergleute mit „Selbstrettern“ und eine effektive Rettungsorganisation.

Alle diese Faktoren wirkten zusammen, als sich am Montagmorgen des 22. Februars 1960 im „VEB Steinkohlenwerk Karl Marx“ eine verheerende Katastrophe ereignete. Der Betrieb war am 25. Juni 1855 als Zwickauer Brückenberg-Steinkohlenbau-Verein gegründet und am 10. Oktober 1859 der „Einigkeitsschacht“ (der spätere Schacht I) geteuft worden. Während des Niedergangs des sächsischen Bergbaus ging das Werk im Jahr 1920 als „Betriebsabteilung Brückenberg“ in dem Bergwerksunternehmen „Gewerkschaft Morgenstern“ auf. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der fusionierte Betrieb durch die sowjetische Besatzungsmacht enteignet und der Brückenberg-Steinkohlenbau-Verein wieder von der Gewerkschaft Morgenstern getrennt. Seit dem 1. Januar 1949 wurden seine Schächte, die Kokerei, das Kraftwerk sowie die Werksbahn, die Werkstätten und die zentrale Revierwasserhaltung unter dem Namen „Volkseigener Betrieb Steinkohlenwerk Karl Marx“ (VEB Steinkohlenwerk Karl Marx) betrieben. Die Jahresförderung lag während der 1950-er Jahre bei etwa 700.000 Tonnen Kohle, in dieser Zeit hatte das Werk über 4.000 Beschäftigte, davon 2.100 Kumpel im Untertagebetrieb. Im Jahr 1960 war die Einstellung des Betriebes für dieses Werk bereits absehbar, denn die ehemals sieben Flöze waren weitestgehend abgebaut. Entsprechend wurden Investitionen zur Modernisierung der Betriebsanlagen nur in geringem Umfang getätigt – dies traf in unterschiedlichem Maße für alle Steinkohlenwerke der DDR zu.⁵

Als es am Montagmorgen des 22. Februars 1960 zu dem verheerenden Unglück kam, war die Lage zunächst unklar. Gegen 08.22 Uhr hatte ein Steiger telefonisch aus der Grube eine Staubwolke gemeldet. Um 08.28 Uhr dann berichtete ein anderer Steiger,



Trauerfeier für die Opfer des Grubenunglücks auf dem Zwickauer Stalinplatz (heute: Platz der Völkerfreundschaft) am 27. Februar 1960

dass seine Kumpel ohnmächtig an ihren Arbeitsstellen lägen. Später berichteten Gerettete von einer oder auch zwei Explosionen sowie vor allem von einem starken Schlag, der ihnen die Helme vom Kopf gerissen habe. Der Ort des Geschehens war die 1. Abteilung, die fast 1.000 Meter unter der Tagesoberfläche lag. Zu ihr gelangte man durch den etwa 800 Meter tiefen vertikalen (Haupt-)Schacht I, der dem Transport von Personen und Material, der Förderung der Kohle sowie der Frischluftversorgung diente. Danach führte der Weg weiter über die Hauptfördersohle bis zum Blindschacht IV/8 (dieser hatte keine Verbindung zur Erdoberfläche, sondern verband nur mehrere untertägige horizontale Sohlen miteinander), durch diesen nochmals 180 Meter abwärts und weitere 400 Meter bis zum Fuß des Blindschachtes 32. Dort arbeiteten in drei Schichten rund um die Uhr jeweils 150 bis 170 Mann und förderten täglich über vierhundert Tonnen Steinkohle.

Nachdem Werkdirektor Dr. Willy Eilhauer über die Meldungen aus der 1. Abteilung informiert worden war, alarmierte er planmäßig die Zwickauer Bezirksstelle für das Grubenrettungs- und Gasschutzwesen sowie die betriebliche Grubenwehr. Die Grube wurde evakuiert. Eilhauers Vorgesetzter Köhler, der Hauptdirektor des ebenfalls in Zwickau ansässigen Branchenverbundes „Vereinigung volkseigener Betriebe der Steinkohlenindustrie“ (VVB Steinkohle), bildete für die operative Leitung der Rettungsarbeiten über und unter Tage je eine Einsatzleitung. Bei den Einsatzleitungen wurde bald noch eine „Regierungskommission“ vorgesetzt. Diese stand unter der Leitung Kurt Gregors, eines Funktionärs des Ost-Berliner Staatsapparates, der den Posten des „Ersten Stellvertreters des Vorsitzenden der Staatlichen

Plankommission“ bekleidete. Über diese Regierungskommission waren die Oberste Bergbehörde der DDR, Vertreter der staatseigenen Kohleindustrie, die beteiligten Einsatzkräfte des Gesundheitswesens, der Feuerwehr und der Volkspolizei, der Zwickauer Oberbürgermeister sowie die staatliche Einheitsgewerkschaft IG Bergbau in die Rettungsmaßnahmen mit eingebunden.

In unregelmäßigen Abständen meldete die Regierungskommission fernschriftlich nach Berlin Informationen über den Fortgang der Rettungsarbeiten sowie die Anzahl der Geretteten, Vermissten und Toten. Diese Angaben spiegeln wider, wie unklar den Verantwortlichen die Lage lange Zeit war. Am Unglücksmontag um 13.34 Uhr wurden 35 Verletzte, 8 Tote und etwa „80 Kollegen in Gefahr“ gezählt; um 15.15 Uhr meldete man dann schon zehn Tote und prognostizierte, „mit Erhöhung dieser Zahlen ist zu rechnen“. Auch am Montagabend war die Lage immer noch weitgehend unklar; in einer ersten Presseerklärung wurde mitgeteilt, es seien „trotz sofortiger Hilfs- und Rettungsmaßnahmen bisher mehrere Verletzte und Tote zu beklagen“. Am Dienstagmorgen dann zählte man immerhin 68 Geborgene, jedoch auch bereits 17 Tote und – schlimmer noch – 106 in der Tiefe vermisste Kumpel. Am Mittwochabend zeichnete sich dann ab, dass das Unglück katastrophale Ausmaße erreichen würde. Nun zählte die Regierungskommission 48 Tote und immer noch gab es keine Verbindung zu den Vermissten.⁶

Nachdem etwa eine halbe Stunde nach den Hilferufen aus der Grube zwei erste Gruppen Grubenwehr gegen 08.45 Uhr eingefahren waren, kamen ihnen auf ihrem Anmarschweg zum vermuteten Unglücksort die aus der Grube fliehenden Bergleute entgegen. Einige von Ihnen waren durch die Explosion verletzt,

andere hatten eine Gasvergiftung. Nur wenige hatten einen funktionstüchtigen Selbstretter und waren im Gebrauch des Geräts unterrichtet. Einige Kumpel hatten auf der Flucht ihre Selbstretter gar weggeworfen, da diese durch die chemische Reaktion des Filterstoffes unerträglich heiß wurden. Bald stießen die Grubenwehren auf die ersten Toten, die – von Gesteinsmassen erschlagen oder von Kohlenmonoxid erstickt – in den Strecken lagen. Die Rettungsarbeiten gestalteten sich wegen der starken Brand- und Rauchentwicklung ungemein schwierig, so dass die Helfer zu dem vermuteten Unglücksort gar nicht vordringen konnten. Zur Verstärkung der betriebseigenen Grubenwehr standen die Rettungsmannschaften der übrigen DDR-Steinkohlenwerke sowie seit 14.30 Uhr des Unglückstages noch zusätzliche Grubenwehren von der benachbarten Wismut-AG zur Verfügung, welche für die Sowjetunion im Erzgebirge Uranerz förderte. Am frühen Dienstagmorgen wurden dann Grubenwehren aus dem Kupferbergbau (VEB Mansfeld Kombinat Wilhelm Pieck in Eisleben) sowie der Braunkohlenindustrie (VVB Braunkohle Leipzig) angefordert. Insgesamt waren schließlich 450 Grubenwehrleute sowie Feuerwehren und Sanitätspersonal aus dem mitteldeutschen Raum vor Ort.⁷

Das Unglück beschäftigte bald auch die Mächtigen in der DDR. Nachdem das Politbüro der SED bereits auf seiner Sitzung am Dienstag über die Ereignisse informiert worden war, erschienen am Mittwoch DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl, Volkskammerpräsident Johannes Dieckmann, Edith Baumann (Kandidatin des SED-Politbüros und Ex-Ehefrau Erich Honeckers) sowie weitere Partei- und Staatsfunktionäre an der Unglücksstelle und versicherten den Angehörigen der eingeschlossenen Bergleute, dass alles Menschenmögliche zu deren Rettung getan werde. Währenddessen kämpften die Retter in der Tiefe gegen starken Qualm, Feuer und Hitze. Die Temperatur in den Gängen betrug streckenweise über 50 Grad Celsius, das Löschwasser verdampfte in den Flammen und ließ die relative Luftfeuchtigkeit auf 100 % ansteigen – die Rettungskräfte meldeten, die Verhältnisse dort seien „unerträglich“.⁸ Weiter erschwert wurden die Arbeiten durch eine mangelnde Ausrüstung der Retter mit Atem- und Löschgeräten sowie hitzebeständigen Asbestanzügen. Auch fehlte es an Erfahrungen und entsprechenden Strukturen und Institutionen, um solche Katastrophenlagen beherrschen zu können. Zeitweise regten ostdeutsche Techniker den Einsatz neuartiger, brandhemmender Chemikalien an, dann empfahl der inzwischen in den Ost-Berliner Wirtschaftsplanungsapparat aufgestiegene einstige Vorzeigebergmann Adolf Hennecke⁹ den Einsatz tschechoslowakischer Grubenwehren. Doch die empfohlenen neuartigen Chemikalien erwiesen sich als hochtoxisch und die Retter aus der CSR bekamen nicht das gewünschte Flugzeug. Stattdessen fuhren die ausländischen Helfer per LKW in Richtung Zwickau, doch auch im Februar 1960 war der Winter im Erzgebirge schneereich und die Fahrt entsprechend beschwerlich. Ab dem tief verschneiten Grenzübergang Zinnwald eskortierte schließlich ein Polizeiauto den ersehnten Transport nach Zwickau, wo es den tschechoslowakischen Fachleuten im Laufe des Mittwochs tatsächlich gelang, mit dem neuartigen Latexmaterial unter Tage eine Wetterblende zu errichten und so den Luftstrom umzulenken.

Die Regierungskommission sorgte sich währenddessen weniger um das Schicksal der Verschütteten und der unter Tage kämpfenden Rettungsmannschaften als vielmehr um die Stimmung der Menschen in der Bergbauregion. Der Leiter der Regierungskommission, Kurt Gregor, forderte am Donnerstag nach dem

Unglück von der Berliner Zentrale dringend eine „bessere Versorgung der Bevölkerung des Stadt- und Landkreises Zwickau“, wofür er zusätzlich je 1.000 Fernseher und Armbanduhren sowie Waschmaschinen, Gas- und Elektroherde, Kühlschränke, Staubsauger, Lederbekleidung, Radios, Motorräder und sogar insgesamt 330 PKW der Marken Trabant, Skoda, Wartburg und Moskwitsch zur sofortigen Abgabe an den Handel verlangte. Die Bereitstellung dieser Waren gestaltete sich angesichts der ostdeutschen Mangelwirtschaft erwartungsgemäß schwierig. Ebenfalls zur Lenkung der öffentlichen Meinung wollte die Kommission den Informationsfluss kontrollieren, weswegen die Befragung geretteter Bergleute nach möglichen weiteren Überlebenden durch die Kommission genehmigt werden musste. Denn zuvor wurden die Geretteten von der Geheimpolizei befragt, welche noch während der laufenden Rettungsarbeiten aufwändige Ermittlungen nach möglichen Ursachen der Katastrophe anzustellen begann. Diese Ermittlungen wurden von Anbeginn nicht von der Kriminalpolizei, sondern dem „Ministerium für Staatssicherheit“ (Stasi) geführt. Dieses verfügte nicht nur über einen ungleich größeren und besser ausgestatteten Apparat, sondern übernahm in Fällen solcher Tragweite von vornherein zuständigkeitshalber auch originäre kriminalpolizeiliche Aufgaben.¹⁰ Doch der Staatssicherheitsdienst begnügte sich nicht mit Ermittlungen zur Unglücksursache. Denn die vorrangige Aufgabe der ostdeutschen Geheimpolizei war es, im Sinne der Staatspartei deren Macht zu sichern. Dazu gehörten die Überwachung der Bevölkerung, die Unterdrückung von Kritik und die Abwehr (vermeintlicher) Bedrohungen des politischen Systems. In diesem Sinne mutmaßte die Stasi überall Sabotage des politischen Gegners und begann, die politische „Zuverlässigkeit“ insbesondere des Leitungspersonals und der Schießhauer, deren sogenannte „Westverwandtschaft“¹¹ und mögliche Kritik am SED-Staat zu ermitteln – der Kalte Krieg regierte auch in Zwickau. Angespannt registrierte und protokollierte die Geheimpolizei die Äußerungen der Angehörigen, der Kumpel sowie ganz allgemein der Bevölkerung in Zwickau und Umgebung. Spitzel berichteten über Gespräche in Wohngebieten und Kneipen der Bergleute. Erleichtert vermerkten die Stasi-Mitarbeiter, dass es vor den Werkstoren keine Menschenansammlungen sowie ganz allgemein keine „Panik“ gegeben habe. Insbesondere um letzte zu verhindern, begann die SED eine Propagandaoffensive und entsandte „Agitatoren“, die in den Betrieben und Wohngebieten den Menschen die Situation im Sinne der Staatspartei erklären sollten. Denn für die SED war das Unglück kein regionales Ereignis und auch keine private Tragödie. Es traf symbolisch die Steinkohlenindustrie des gesamten ostdeutschen Teilstaates und mit dieser das politische System der DDR – entsprechend wurden die Opfer zu „Helden“ und „Kampfgefährten“¹² stilisiert und kritische Fragen oder gar Schuldzuweisungen als billige Propaganda des „Klassenfeindes“ abgetan.

In der Bundesrepublik wurden die Ereignisse gleichfalls aufmerksam verfolgt. Und mangels sicherer Informationen meldeten westdeutsche Medien die Vermutungen und Gerüchte, die in der DDR nicht ausgesprochen werden durften. Die SED wiederum stritt alle Vorwürfe vehement ab und bot dazu zahlreiche Kumpel, Grubenwehrmänner, Ärzte, Wissenschaftler und natürlich Parteifunktionäre auf, welche versicherten, dass für die Verunglückten alles getan werde, die Retter über das modernste Gerät verfügten und der volkseigene Bergbau sicher sei. Zwei Behauptungen waren es vor allem, die von der bundesdeutschen Presse immer wieder aufgegriffen wurden. Vielfach berichteten die Zeitungen, bei dem Grubenunglück seien auch Strafgefän-

Keine Hoffnung mehr in Zwickau

Auch Häftlinge im Unglücksschacht!

Berlin (Eigener Bericht/AP). Die Hoffnungen auf eine Rettung der noch eingeschlossenen 75 Bergleute in der Zwickauer Kohlegrube sind jetzt auf den Nullpunkt gesunken. Heute morgen haben die Rettungs-

mannschaften vier weitere Opfer des Unglücks tot geborgen. Damit hat sich die Zahl der bei dem Montag erfolgten Grubenexplosion ums Leben gekommenen Bergmänner auf 48 erhöht.

Im Steinkohlenbergwerk „Karl Marx“ sind seit Jahren regelmäßig 600 bis 1000 Strafgefangene beschäftigt. Dies gab heute der „Untersuchungsausschuss Freieilflicher Ju-

Fünfzehn Jahre für Gerds

Hamburg (dpa). Das Hamburger Schwurgericht verurteilte heute den 51 Jahre alten Hamburger Großkaufmann Herbert Gerds wegen Mordes an seiner Ehefrau und Totschlags an seiner Schwiegermutter unter Zuhilfenahme vermindelter Zurechnungsfähigkeit zu 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Der Staatsanwalt hatte gestern zweimal lebenslänglich Zuchthaus beantragt.

risten“ bekannt. Den unter Tage arbeitenden Häftlingen werde je nach Normerfüllung ein Entlass bis zu einem Drittel der verhängten Strafe gewährt. Der Anteil der politischen Gefangenen betrage gegenwärtig etwa fünf Prozent. Bei den Zwangsarbeitern kann man kaum von ausgebildeten Bergleuten sprechen.

Bereits im August 1962 war in der gleichen Grube ein Brand ausgebrochen. Er hatte keine Menschenleben gefordert. Es wurden aber damals wertvolle technische Einrichtungen zerstört. Ursache des Unglücks waren die sogenannten Aktivstenschichten, die ohne Rücksicht auf die Sicherheitsvorschriften auf Anordnung der SED durchgeführt werden mußten.

Als Zeichen der Trauer für die Opfer der Zwickauer Katastrophe wird am Sonnabend der Bundestag in Bonn wie auch der sich im Wiederaufbau befindliche Reichstag in Berlin halbtags tagen. Dies erklärte Bundespräsident Gerstermüller heute mittig vor der Presse in Berlin. In seiner gestrigen Sitzung hatte das Bundeskabinett seine tiefe Anteilnahme an dem Unglück in Zwickau zum Ausdruck gebracht.

Keine Antwort auf Hilfsangebot

Die NRZ sprach mit dem Mann, der seit 25 Jahren bei fast allen großen Grubenunglücken in Deutschland und vielen Ländern Europas an den Rettungsaktionen maßgeblich beteiligt war. Es ist der technische Leiter der Essener Hauptstelle des Grubenrettungswesens, Dipl.-Bergingenieur Ernst Bredenbruch. Er hat gestern morgen sofort Hilfe für Zwickau an.

„Wir kommen sofort, wenn es nötig ist“, versprach er der Leipziger Zentrale des sowjetzonalen Rettungswesens. Antwort: „Wir gehen Ihr Angebot an die Einsatzleitung in Zwickau weiter.“ Bredenbruch: „Wir halten uns auf jeden Fall bereit.“

„Keine Grenzen!“

Aber bis in die späten Abendstunden kam aus Zwickau keine Antwort. Warum? Stecken politische Erwägungen dahinter? Bredenbruch verneinte diese Frage.

„Seit Jahrzehnten gibt es im Grubenrettungswesen keine Grenzen zwischen Ost und West. Experten aus aller Welt waren sich auch bei den letzten Tagungen darüber einig: Wenn es um Menschenleben geht, muß gehandelt werden, ohne Rück-

sicht auf die Politik. Außerdem glaube ich, daß die Rettungsmannschaften in Zwickau bis jetzt ohne Hilfe auskommen konnten.“

In Marcinelle dabel

Wir erinnerten Dipl.-Ing. Bredenbruch an die Grubenkatastrophe von Marcinelle im Jahre 1986. Auch damals bot Essen Hilfe an. Marcinelle antwortete sofort: „Wir danken für die Hilfsbereitschaft, brauchen aber im Augenblick noch keine Verstärkung. Nach zwei Tagen meldete sich der belgische Katastrophentor zurück. Er forderte ein fahrendes Spezial-Labor an. Wenige Minuten später befand sich das Labor auf dem Weg nach Marcinelle. Deutsche Fachleute analysierten dort an Ort und

Stelle die Grubengase. Dadurch konnten die Rettungsarbeiten erheblich beschleunigt werden.

Die Ausrüstung und der Ausbildungsstand der Rettungsmannschaften im Ruhrgebiet gilt in ganz Europa als vorbildlich. Das wurde immer wieder von ausländischen Experten bestätigt. Das mußte auch der Mann erkennen, der jetzt in Zwickau alle Fäden in der Hand hält. Er war vor einiger Zeit noch in Essen. Es ist der Leiter des Zonen-Grubenrettungswesens, Westfälener. Erat kürzlich hatte Diplomb.-Bergingenieur Bredenbruch ihm in Leipzig einen Gegenbesuch abgestattet.

Weiter bereit

Bredenbruch meinte jetzt: „Wir haben nicht damit gerechnet, ganze Rettungsmannschaften nach Zwickau schicken zu müssen. Ich habe mich selbst in Leipzig davon überzeugt, daß die Mannschaften der Zone mit modernsten Geräten ausgerüstet sind. Allerdings hätte ein Stab unserer Spezialisten in Zwickau vielleicht doch wertvolle Ratschläge geben können.“ Diese Spezialisten waren auch jetzt noch bereit. Sie starben nur auf den Anruf aus Zwickau.

HERMANN RICHTER



Abb. 6: Die bundesdeutsche Zeitung „Der Kurier“ berichtete am 25.02.1960 über den Einsatz von Zwangsarbeitern im Zwickauer Steinkohlenbergwerk Karl Marx. Zwar sind in den 1950-er und 1960-er Jahren im sächsischen Steinkohlenbergbau tatsächlich Strafgefangene eingesetzt worden, jedoch war das Lager bei Zwickau kurz vor dem Unglück geschlossen und die Gefangenen in das Lager im benachbarten Oelsnitz verlegt worden

Abb. 7: Die bundesdeutsche „Neue Rhein Zeitung“ berichtete am 24.02.1960 über das Hilfsangebot der Essener Hauptstelle für das Grubenrettungswesen an die DDR-Stellen

gene zu Tode gekommen, die dort Zwangsarbeit leisten mußten. Und tatsächlich sind in den 1950-er und 1960-er Jahren im sächsischen Steinkohlenbergbau Strafgefangene eingesetzt worden. Eigens dazu bestanden bei den Werken in Zwickau und Oelsnitz sogenannte Haftarbeitslager. Das Zwickauer Lager allerdings ist 1959 aufgelöst und die verbliebenen Gefangenen sind in das benachbarte Lager Oelsnitz verlegt worden. Dort waren seitdem bis zu 1.100 Menschen eingesperrt, die in den Steinkohlenwerken „Deutschland“ und „Karl-Liebknecht“ arbeiten mußten – das Zwickauer Karl-Marx-Werk jedoch beschäftigte zum Zeitpunkt des Unglücks keine Zwangsarbeiter mehr.¹³ Ein weiterer regelmäßig erhobener Vorwurf der bundesdeutschen Medien lautete, die Partei- und Staatsführung der DDR habe ein Hilfsangebot aus der Bundesrepublik ausgeschlagen. Denn die Essener Hauptstelle für das Grubenrettungs- und Gasschutzwesen hatte schon am Dienstag nach dem Unglück Hilfe angeboten, welche die Regierungskommission in Zwickau allerdings abgelehnt hatte. Aus späteren Berichten der Hinterbliebenen ist ersichtlich, dass einige Angehörige von Verschütteten gerade auf die erfahrenen und modern ausgerüsteten Grubenwehren aus dem Ruhrgebiet gehofft hatten, da diesen bei vergleichbaren Ereignissen wie z. B. auf der Zeche Dahlbusch in Gelsenkirchen-Rothausen im Mai 1955 (Einsatz der „Dahlbuschbombe“) spektakuläre Erfolge gelungen waren. Doch die genauen Umstände der Ablehnung dieses beeindruckenden Zeugnisses der unverändert tief empfundenen Solidarität unter den Bergleuten in beiden Teilen Deutschlands sowie auch die Frage, ob dieses letztlich in Zwickau zum Erfolg geführt hätte, bleiben ungeklärt. Die Ablehnung des Hilfsangebotes erscheint jedoch vorrangig politisch motiviert, da zu diesem Zeitpunkt weder die Regierungskommission noch die Einsatzleitungen und ihre Kräfte Herr der Lage waren.

Denn noch am Freitagmorgen, dem fünften Unglückstag, berichtete der Leiter der Regierungskommission nach Berlin, dass sich der Brand unter Tage weiter ausgedehnt habe und unverändert Temperaturen von 50 Grad und starke Rauchentwicklung herrschten. Resigniert meldete Kurt Gregor, er rechne „nicht damit, dass noch lebende Kumpel angetroffen werden“. Nachdem dann auch in den Abendstunden des 27. Februars, d. h. mehr als fünf Tage nach der Explosion unverändert Teile des verzweigten Grubenfeldes brannten und der Abbau 819, in dem die vermissten Bergleute vermutet wurden, weiterhin unzugänglich war, traf die Kommission eine schwere Entscheidung. Der bis dahin nicht beherrschte Brand sollte durch das Abdämmen sämtlicher Wetterwege, d. h. durch eine Unterbrechung der Frischluftzufuhr erstickt werden. Dies bedeutete zugleich, dass keine weiteren Versuche unternommen werden sollten, die Kumpel zu bergen; 120 Stunden nach der Explosion wurden diese nun für tot erklärt und in eintausend Meter Tiefe eingemauert – ein ungemein rigoroses, jedoch bei vergleichbaren Katastrophen bereits praktiziertes Verfahren.¹⁴ Währenddessen wurde in der gesamten DDR um die Opfer der Katastrophe getrauert, für Samstag, den 27. Februar hatte der Ministerrat Staatstrauer angeordnet. In den Mittagsstunden dieses Tages nahmen auf dem Zwickauer Stalinplatz Angehörige, Kumpel und Bevölkerung von den Toten Abschied – jedoch ohne über die dramatischen Ereignisse unter Tage informiert zu sein. Die Zwickauer „Freie Presse“ berichtete noch in ihrer Sonderausgabe vom Sonntag von 49 Toten und zitierte bezüglich der Vermissten nochmals Ministerpräsident Otto Grotewohl mit den Worten: „Solange noch ein Funken Hoffnung besteht, wird alles Menschenmögliche für die Rettung unternommen“. Einen Tag später, am Montag, den 29. Januar, war es dann Werkdirektor Eilhauer, der die furchtbare Bilanz der Tragödie zog und welche die Zeitungen in dürren Meldungen bekannt gaben: Von den 391 Personen, die im Augenblick der Katastrophe in die Grube eingefahren waren, sind 268 lebend nach über Tage ausgefahren, 51 Bergleute konnten nur noch tot geborgen werden und für 72 in der Grube vermisste Bergleute bestand keine Hoffnung auf Rettung mehr. Somit waren 123 Todesopfer zu beklagen – gemessen an der Zahl der Toten war es das bis dato opferreichste Unglück in der Geschichte der DDR.

FREIE PRESSE

ORGAN DER BEZIRKLEITUNG KARL-MARX-STADT DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

47 Pf. 17. Jahrgang Nr. 98 Zwickau-Stadt, Sonntag, 27. Februar 1960

Ehrenden Tolen - Ruf an die Lebenden

Wenn in den heutigen Mittagsstunden die Bevölkerung der alten Bergarbeiterstadt Zwickau den teuren Toten vom Karl-Marx-Werk, den Opfern der lurchbaren Grubenkatastrophe die letzte Ehre erweist, werden sich in tiefer Anteilnahme Millionen Bürger unserer Republik, Millionen Menschen in aller Welt mit ihr verbunden fühlen. In einem Staatsakt der Regierung wird Ministerpräsident Otto Grotewohl den unvergessen bleibenden Toten Bergleute gedenken.

Unsere teuren Toten

Aus unserer Mitte, aus dem Schafn für ein gutes, sozialistisches Deutschland, sind sie der Tot:

- | | | | |
|--------------------------------|--------------------------------|--------------------------------|---------------------------------|
| 19. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 1. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 1. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 1. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 20. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 2. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 3. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 4. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 5. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 6. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 7. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 8. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 9. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 10. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 11. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 12. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 13. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 14. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 15. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 16. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 17. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 18. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 19. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 20. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 21. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 22. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 23. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 24. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 25. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 26. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 27. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 28. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 29. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 30. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 31. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 32. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 33. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 34. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 35. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 36. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 37. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 38. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 39. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 40. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 41. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 42. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 43. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 44. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 45. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 46. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 47. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 48. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 49. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 50. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 51. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 52. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 53. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 54. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 55. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 56. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 57. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 58. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 59. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 60. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 61. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 62. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 63. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 64. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 65. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 66. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 67. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 68. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 69. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 70. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 71. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 72. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 73. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 74. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 75. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 76. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 77. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 78. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 79. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 80. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 81. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 82. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 83. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 84. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 85. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 86. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 87. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 88. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 89. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 90. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 91. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 92. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 93. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 94. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 95. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 96. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 97. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 98. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 99. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 100. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |

Die vermissten Bergarbeiter:

- | | | | |
|--------------------------------|--------------------------------|--------------------------------|---------------------------------|
| 1. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 1. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 1. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 1. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 2. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 2. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 3. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 4. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 5. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 6. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 7. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 8. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 9. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 10. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 11. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 12. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 13. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 14. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 15. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 16. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 17. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 18. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 19. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 20. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 21. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 22. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 23. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 24. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 25. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 26. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 27. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 28. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 29. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 30. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 31. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 32. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 33. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 34. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 35. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 36. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 37. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 38. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 39. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 40. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 41. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 42. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 43. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 44. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 45. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 46. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 47. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 48. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 49. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 50. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 51. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 52. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 53. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 54. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 55. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 56. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 57. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 58. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 59. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 60. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 61. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 62. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 63. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 64. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 65. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 66. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 67. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 68. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 69. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 70. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 71. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 72. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 73. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 74. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 75. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 76. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 77. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 78. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 79. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 80. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 81. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 82. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 83. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 84. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 85. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 86. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 87. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 88. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 89. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 90. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 91. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 92. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 93. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 94. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 95. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 96. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |
| 97. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 98. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 99. 1. 1961 Friedmann, Zwickau | 100. 1. 1961 Friedmann, Zwickau |

Abb. 3: Titelseite der Tageszeitung „Freie Presse“ vom Samstag, d. 27. Februar 1960, mit den Namen von 49 tot geborgenen und 74 in der Grube vermissten Bergleuten. Diese 123 Namen sollten die schreckliche Opferzahl der Zwickauer Grubenkatastrophe sein.

Mit dieser vorläufigen Bilanz des Unfalles begann eine vielfältige Schadensbereinigung, jedoch keine gesellschaftliche Schadensaufarbeitung. Zur genauen Untersuchung der Ursachen der Grubenkatastrophe war von der Regierungskommission bereits am Tag des Unglücks eine Expertengruppe unter der Leitung des Direktors der Bergakademie Freiberg, Professor Dr. Oscar Oelsner, eingesetzt worden. Doch obwohl intensive Untersuchungen angestellt wurden, gelang es nicht, die technische Ursache für die Explosion zu ermitteln und man gab sich damit zufrieden, den Katastrophenhergang nicht mit letzter Gewissheit aufklären zu können. Weitere Erörterungen des Themas waren nicht erwünscht, die Veröffentlichung eines Untersuchungsberichts durch die Freiburger Bergakademie wurde vom Leiter der Kohleindustrie beim DDR-Volkswirtschaftsrat, Klaus Siebold, ausdrücklich untersagt¹⁵. Die Menschen in der Region jedoch verlangten nach einer Erklärung für das Unvorstellbare. Nicht zuletzt die von der Partei- und Staatsführung seinerzeit verweigerte Aufklärung über die Unglücksursachen erzeugte bei den Hinterbliebenen Misstrauen und verstärkte noch den Schmerz über den Verlust der Angehörigen¹⁶. Und so bewirkte das von der Partei verordnete Kommunikationsverbot das Gegenteil und es waberten allerlei Vermutungen und Gerüchte durch das Karl-Marx-Werk, die Stadt Zwickau und das Revier. Von einem Erdbeben als Unglücksursache

sprachen die einen, andere wollten von missglückten Sprengarbeiten unter Tage wissen und einige munkelten gar vom vermeintlichen Selbstmord eines Schießhauers.¹⁷ Der Staatssicherheitsdienst hingegen war bei seinen Ermittlungen zu ganz anderen Erkenntnissen gekommen. Durch dessen Fachleute war festgestellt worden, dass der verheerenden Explosion Sprengarbeiten vorangegangen waren und dass die vorhandenen sicherheitstechnischen Einrichtungen wie Gesteinsstaubsperrn und Löschanlagen sowie die Rettungsmittel der Belegschaft nicht ausreichend waren. Für die Stasi besagten die Ermittlungsergebnisse „eindeutig, dass die Ursachen und der Umfang der Grubenkatastrophe Zwickau nicht auf sogenannte höhere Gewalt oder rein objektive Faktoren zurückzuführen sind, sondern überwiegend subjektiven Charakter tragen und vermeidbar gewesen wären“.¹⁸ Doch diese Schlussfolgerung blieb intern und wurde nie nach außen kommuniziert, denn es hat weder Ermittlungen der „öffentlichen“ (d. h. nicht der Geheim-) Polizei, noch eine staatsanwaltschaftliche oder gerichtliche Untersuchung des Unfalls gegeben. Viel zu sehr fürchtete die SED die Erkenntnis, in einem Betrieb der DDR-Staatswirtschaft seien Sicherheitsbestimmungen nicht ausreichend gewesen oder nicht beachtet worden und mithin Gesundheit und Leben der Werktätigen bedroht gewesen. Dieses Urteil hätte ein schlechtes Licht auf die DDR geworfen und war somit inakzeptabel. Noch wenige Jahre zuvor hatte die Partei- und Staatsführung bei einem ähnlichen Unfall völlig anderes reagiert. Nachdem im benachbarten VEB Steinkohlenwerk Martin Hoop im April 1952 ein Grubenbrand 49 Todesopfer gefordert hatte, hatte die SED einen Schauprozess inszeniert, um der Öffentlichkeit Sündenböcke für die Tragödie präsentieren und von den tatsächlichen Unfallursachen – nämlich den desaströsen Zuständen in dem Betrieb – ablenken zu können. So wurden damals sieben Personen der mittleren Leitungsebene des Werkes beschuldigt, allein dafür verantwortlich zu sein, dass „die Kumpel vor Ort unter schier unerträglichen Verhältnissen arbeiten mussten“. Dabei wussten die zuständigen Stellen es sehr wohl besser. Mehrere Gutachten der Technischen Leitung der VVB Steinkohle stellten ausdrücklich die Unschuld des angeklagten Betriebsleiters Hugo Georgi fest und hoben sogar hervor, dass die vorgesetzten Aufsichtsstellen Kenntnis von den technischen Mängeln gehabt und trotzdem die Weiterführung des Betriebes angeordnet hatten. Und Ende des Jahres 1952 schrieb der Staatssekretär für Kohle und Energie, Max Fritsch, an DDR-Ministerpräsident Grotewohl, eine Überprüfung nach dem Unglück habe ergeben, dass fast alle in den sächsischen Steinkohlenbergwerken verwendeten Motoren und Geräte nicht schlagwettergeschützt seien und „abermals Ursache einer Katastrophe sein können“. Doch trotz besseren Wissens wurden im Juli 1952 vom Obersten Gericht der DDR die sieben Angeklagten zu insgesamt 45 Jahren Zuchthaus bzw. Gefängnis verurteilt. Die Choreographie dieses stalinistischen Schauprozesses hatte man Hilde Benjamin¹⁹ als vorsitzende Richterin übertragen. Dieses Gerichtsverfahren war Teil einer breit angelegten Propagandakampagne; nicht nur über den Prozess wurde mit großem Aufwand berichtet, sondern auch die Beisetzung der verunglückten „Helden der Arbeit“ öffentlich inszeniert.²⁰ Zu dieser Kampagne gehörte auch die künstlerische Verarbeitung des Ereignisses: 1955 verfasste der als Hauer in den Zwickauer Steinkohlenbergbau delegierte und bis dahin literarisch kaum aufgefallene Rudolf Fischer im Stil des sozialistischen Realismus den pathetischen Roman „Martin Hoop IV“. Die inakzeptablen Zustände im Zwickauer Steinkohlenbergbau werden darin weitgehend beschönigt und die tatsächlichen Ur-



Abb. 4 und 5: Blick in eine verbrochene Strecke. Die Aufnahmen haben Ermittler des Staatssicherheitsdienstes nach der Aufwältigung im April bzw. September 1961 angefertigt.

samt ein ambitioniertes Investitionsprogramm, das jedoch nicht nur die finanziellen Möglichkeiten der VVB Steinkohle, sondern auch die Lieferkapazitäten der Ostblock-Wirtschaft überforderte (allein die Beschaffung von 20.000 Selbstretter-Filtergeräten sowjetischer Produktion erwies sich als nicht durchführbar, von der Verwendung des sowjetischen Kreislaufatmergeräts SK3 für Grubenwehren rieten gar sowjetische Fachleute ab).

Ein Jahr nach der verheerenden Explosion begannen die Aufwältigungsarbeiten, die Öffnung des Damms zum Brandfeld und die Bergung der Toten. Dazu wurden Grubenwehren aller DDR-Steinkohlenwerke sowie weiterer der SDAG Wismut und des VEB Wolfram-Zinnerz Pechtelsgrün erneut in Zwickau zusammengezogen. Um zuvor das giftige Kohlenmonoxid aus dem Brandfeld zu verdrängen und die Explosionsgefahr zu bannen, sollte der betroffene Grubenabschnitt bewettert werden. Es war geplant, die Strecke mit reinem Stickstoffgas zu durchspülen, doch der hierfür benötigte Transportraum von etwa 170 Kesselwagen war nicht verfügbar. Daher beschloss man, rund 45.000 Kubikmeter reaktionsträges Argongas in das Brandfeld einzuleiten, doch wiederum bereitete die Beschaffung des Gases bei den volkseigenen LEUNA-Werken Schwierigkeiten. Im Februar 1961 wurden dann von über Tage aus über eine Rohrleitung immerhin 30.000 Kubikmeter Argongas in das Brandfeld eingeleitet.²⁴ Nach dieser aufwändigen Entgasung wältigten Grubenwehrlaute die verbrochenen Strecken auf und bargen 66 der dort über ein Jahr zuvor umgekommenen Bergleute. Die Toten waren bereits verwest, oftmals bis zur Unkenntlichkeit verbrannt oder zerstückelt, weswegen die Bergung und Identifizierung für die eingesetzten Kräfte eine schwierige und belastende Aufgabe war. Das Einsatztagebuch der Grubenwehr vermerkt am 18. April 1961: „... konnten um 5.15 Uhr aus dem Haufwerk die ersten Knochenteile geborgen werden. Das gleiche in der folgenden Früh- und Mittagsschicht“. Und am 8. Juni berichtete ein Gruppenführer: „Leiche lag auf dem Rücken, Kopf in Richtung 819 Kopfstrecke. Bei

Bergung restlos zerfallen. Beine vermutl. ... verbrannt“. In den folgenden Monaten konnten die Grubenwehrlaute die Mehrzahl der toten Kumpel auffinden und 55 von ihnen anhand persönlicher Gegenstände wie z. B. der Kopflampe identifizieren. Am 11. Mai 1962 verzeichnete das Berichtsbuch der Grubenwehr lapidar: „No. 65 nach übertage gebracht ... No. 66 aufgefunden“.²⁵ Damit war die Bergungsaktion beendet, wenngleich sechs weitere Vermisste nicht mehr gefunden werden konnten.

Das Ausfahren der Toten nach über Tage, die Überführung in die Heimatorte und die Beisetzung war dann das letzte Kapitel der Tragödie. Anders als die Rettungsarbeiten im Februar 1960 sollte diese Aktion vor der Öffentlichkeit verborgen gehalten werden, weswegen die Federführung der Geheimpolizei oblag.²⁶ Da man fürchtete, von den stark verwesenen Körpern könne eine Gesundheitsgefahr ausgehen, hatte die Regierungskommission trotz „ernster Bedenken“ der VVB Steinkohle bereits unmittelbar nach dem Unglück angeordnet, die Leichen zu verbrennen. Damit setzte sie sich auch über anders lautende Wünsche der Angehörigen katholischer Bergleute hinweg. Für elf nicht identifizierte sowie die sechs nicht geborgenen Toten wurden im April 1963 auf dem Zwickauer Hauptfriedhof eine Grablage und ein Gedenkstein errichtet.

Ganz zur Ruhe kamen weder das Werk noch die Angehörigen der Toten in den folgenden Jahren. Schon im November 1960 wurde in einem Untersuchungsbericht zum „Stand der technischen Sicherheit im Steinkohlenbergbau“ festgestellt, dass die Lage dort unverändert mangelhaft sei.²⁷ Im August 1962 kam es im Blindschacht 13 des Karl-Marx-Werkes wieder zu einem Grubenbrand mit Toten und Verletzten. In den Jahren 1966 und 1967 ordnete daraufhin der ehemalige Einsatzleiter während des Unglücks von 1960 und nunmehr neue Generaldirektor der VVB Steinkohle Wolfgang Scheitler im Karl-Marx-Werk Übungen an, um zu überprüfen, ob die Werkleitung nun besser auf eine Notlage vorbereitet war. Doch die Ergebnisse waren nach Einschät-

zung Scheitlers katastrophal, weder verfügten die Hilfsdienste über das erforderliche Material und Training noch beherrschte das zuständige Personal die einfachsten Regeln um eine solche Notlage zu beherrschen.²⁸ Zu weitergehenden Konsequenzen kam es jedoch nicht mehr, denn 1968 wurde der VEB Steinkohlenwerk Karl-Marx wegen der weitgehenden Erschöpfung der Lagerstätte aufgelöst und der Schacht bis 1973 verwahrt.

Heute zeugt am Ort des Geschehens nichts mehr von der Tragödie. Der Grab- bzw. Erinnerungsstein auf dem Zwickauer Hauptfriedhof ist zu einer bergmännischen Gedenkstätte erweitert worden, an der seit dem Jahr 2006 alljährlich der Toten des Grubenunglücks gedacht wird. Am fünfzigsten Jahrestag der Katastrophe wurde erstmals ein ökumenischer Trauergottesdienst abgehalten und in der Stadt und dem Umland läuteten die Kirchenglocken – auch das war 1960 von der Stasi nicht gewünscht gewesen.²⁹

Anmerkungen

- 1 Siehe beispielhaft die Berichterstattung in der ‚Freien Presse‘ vom 11.02.2010: Steiger fordert Ruhe für die Opfer. Turbulente Diskussion um die Katastrophe von 1960.
- 2 Welche tragischen Folgen dieses Kommunikationsverbot für die Betroffenen haben konnte, verdeutlicht der Fall einer Familie, die in ihrer Hoffnung, den Ehemann, Vater oder Bruder doch noch lebend zu rückzubekommen, glaubte, schwerstverletzt gerettete Bergleute seien ohne Kenntnis ihrer Familien in auswärtige Pflegeeinrichtungen oder gar die Sowjetunion gebracht worden. Sächsisches Staatsarchiv - Bergarchiv Freiberg, Bestand 40098-1, Vereinigung Volkseigener Betriebe der Steinkohle Zwickau Nr. 686, Aktenvermerk vom 20.10.1961.
- 3 Die Gründe für die Unfallhäufigkeit im Zwickauer Revier sind nicht eindeutig zu benennen. Dort waren die Steinkohlevorräte am mächtigsten, d. h. die Zahl der Betriebe, Schächte und Beschäftigten am größten, jedoch die Schachtanlagen nicht so modern wie z. B. diejenigen des benachbarten Lugau-Oelsnitzer Reviers (wo die Schächte allerdings auch tiefer waren: der Hohndorfer Rudolf-Breitscheid-Schacht hielt mit einer Teufe von 1.200 m zeitweilig den europäischen Teufenrekord). Außerdem ist die geologische Situation der Zwickauer Lagerstätte schwierig; das gesamte Revier ist tektonisch stark beansprucht, die Flözausbildung ist uneinheitlich (kleinräumige Mächtigkeitsschwankungen und Einschaltung von Zwischenmitteln) und die Zwickauer Kohle neigt sehr stark zur Selbstentzündung.
- 4 Zu Bergbauunglücken speziell im Zwickauer Steinkohlenrevier siehe: Der Steinkohlenbergbau im Zwickauer Revier 2000; zu Bergbauunglücken in Sachsen siehe: Heitmann 2009, S. 8-13; zu Bergbauunglücken im deutschsprachigen Raum siehe Kroker/Farrenkopf 1998.
- 5 Nach einem entsprechenden Beschluss des DDR-Ministerrates aus dem Jahr 1967 wurden die DDR-Steinkohlenbergwerke bis zum Beginn der 1970-er Jahre geschlossen und die Beschäftigten in neue Betriebe vermittelt. Die Ursache dieses „Strukturwandels“ im sächsischen Steinkohlenrevier war jedoch nicht die (geringe) Effizienz oder internationale Konkurrenzfähigkeit des dortigen Steinkohlenbergbaus, sondern die Erschöpfung der Lagerstätten. Das Industrieland DDR verfügte seitdem nur noch über einen einzigen heimischen Energieträger (Braunkohle) und war ansonsten auf Energieimporte (vor allem sowjetisches Öl und Gas) angewiesen. In der Folge forcierte die DDR-Industriepolitik den Braunkohlenbergbau sowie den Auf- und Ausbau von Kernkraftwerken zur Stromproduktion. Zur Betriebsgeschichte des VEB Steinkohlenwerkes Karl Marx siehe: Von den Brückenbergschäden 1960; Der Steinkohlenbergbau im Zwickauer Revier 2000. Zum Strukturwandel im sächsischen Steinkohlenrevier in den 1960-er und 1970-er Jahren siehe: Beiträge zur Regionalgeschichte des Steinkohlenbergbaus/1 2004; Beiträge zur Regionalgeschichte des Steinkohlenbergbaus/2 2006.
- 6 Der entsprechende Fernschreibverkehr zwischen Zwickau und Ost-Berlin ist im Sächsischen Staatsarchiv-Bergarchiv Freiberg überliefert; Bestand 40098-1, Vereinigung Volkseigener Betriebe der Steinkohle Zwickau Nr. 56.
- 7 Der genaue Ablauf der Rettungsarbeiten im Februar 1960, der Aufwältigung im Jahr 1961/62 sowie der Opferversorgung und Hinterbliebenenbetreuung ergibt sich aus den Unterlagen der Bestände 40098-1 Vereinigung Volkseigener Betriebe der Steinkohle Zwickau, Nr. 54 – 57, 686 sowie 40119-1 VEB Steinkohlenwerk Karl Marx Nr. 278 – 302, 348 – 350, 480. Weitere einschlägige Unterlagen befinden sich in den Archiven des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), im Bundesarchiv sowie im geringen Umfang im Stadtarchiv Zwickau.
- 8 Zeitzeugenberichte mit entsprechenden Schilderungen Geretteter sowie von Rettern erschienen gelegentlich des 50. Jahrestages des Unglücks in den regionalen Medien; Vom Geburtstag in der Hölle unter Tage, in: Freie Presse (Ausgabe Freiberg) vom 30./31.01.2010, S. 15; Echt! Das Grubenunglück von Zwickau, gesendet im MDR-Fernsehen am 26.02.2010; Sächsische Zeitung vom 20./21.02.2010, S. M 2-3.
- 9 Adolf Hennecke (1905-1975) war seit 1926 Bergmann in Sachsen. 1948 wurde Hennecke von der örtlichen SED-Führung ausgewählt, in der Sowjetischen Besatzungszone als Vorbild für eine Bestenbewegung analog zum sowjetischen Bergmann Alexei Stachanow zu fungieren. Obwohl Hennecke fürchtete, dies würde ihn unter Arbeitskollegen als „Normbrecher“ diskreditieren, erklärte er sich bereit, am 13. Oktober 1948 eine beispielgebende Hochleistungsschicht zu fahren und förderte im Karl-Liebke-Schacht (Lugau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier) an einer vorher von ihm ausgewählten und gut vorbereiteten Abbaustelle 24,4 Kubikmeter Kohle. Damit erfüllte er die Arbeitsnorm zu 387 Prozent und wurde von der SED zum Initiator und Namensgeber der sogenannten Hennecke-Bewegung instrumentalisiert. Von den Arbeitern in der DDR wurden in der Folge höhere Leistungen bei gleichem Lohn gefordert, weswegen Hennecke erheblichen Anfeindungen ausgesetzt war und bald aus dem Steinkohlenwerk abgezogen und Funktionär der Staatlichen Plankommission wurde.
- 10 Entsprechend befinden sich die wesentlichen Unterlagen zur Unglücksursachenermittlung nicht in den Polizei- und Justizbeständen der Staatsarchive, sondern in den Archiven der BStU. Zur Entstehung, Entwicklung und zu den Aufgaben des Staatssicherheitsdienstes der DDR sowie zu dessen geheimpolizeilicher Überwachung der Betriebe der DDR-Staatswirtschaft siehe: Gieseke 2001, S. 136-143. Zur hierfür zuständigen MfS-Hauptabteilung bzw. zu den Abteilungen XVIII siehe: Haendcke-Hoppe-Arndt 1997.
- 11 Sabotage und systemkritische Propaganda unterstellte das Feindbild der SED insbesondere dem „Westen“, d. h. abstrakt der Bundesrepublik, den USA und allen anderen NATO-Staaten. Konkret bedeutete dies die Inkriminierung all derer, welche gebürtig aus dem Westen stammten, dort gelebt hatten oder in Kriegsgefangenschaft gewesen waren, verwandtschaftliche oder sonstige Beziehungen dorthin hatten oder „westliche“ Kultur übernahmen, d. h. z. B. Popmusik hörten, Rock'n'Roll tanzten oder bestimmte Frisuren oder Kleidung trugen. Welche grotesken Ausmaße dies annehmen konnte, verdeutlicht ein überliefertes Diagramm in den Ermittlungsunterlagen der Stasi, welche die sicherheitspolitisch interessanten Beziehungen des Leitungspersonals des Steinkohlenwerkes darstellen soll. In diesem Netz der Paranoia werden verwandtschaftliche Beziehungen von Zwickau zur westdeutschen, militant-antikommunistischen Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit und deren Gründer Rainer Hildebrandt, zu ehemaligen Gestapo-Beamten und sogar zur Familie von Bundeskanzler Konrad Adenauer konstruiert; BStU-BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XVIII Nr. 211, Bde. 1-2, Bl. 182.
- 12 Siehe beispielhaft das Nachwort in: Zu den Brückenbergschächten 1960, S. 201 sowie die zeitgenössischen Zeitungsberichterstattung in der ‚Freien Presse‘ vom 23. bis 28. Februar 1960.
- 13 Erst Ende 1964 wurde im DDR-Steinkohlenbergbau der Einsatz von Zwangsarbeitern beendet, da der Untertageinsatz der Gefangenen kaum kontrollierbar, sicherheitsmäßig unbefriedigend war und zudem die Tauglichkeitsanforderungen des Bergbaus von Strafgefangenen nur selten erfüllt wurden - was bis dahin allerdings niemanden interessiert hatte. In anderen Branchen der DDR-Staatswirtschaft wie z. B. der Chemie- und Stahlindustrie sowie dem Braunkohlentagebau dauerte der Einsatz von Zwangsarbeitern bis 1990 unverändert an. Vgl. Heitmann/Sonntag 2009, S. 451-458.
- 14 Beispielsweise wurden bei der Brandkatastrophe im Kalibergwerk Buggingen bei Freiburg im Jahr 1934 auf die gleiche Weise 86 Bergleute aufgegeben und eingeschlossen; Werner D'Inka, Als Buggingen brannte. Eine Katastrophe vor 75 Jahren, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 106 vom 08.05.2009, S. 8.
- 15 Sächsisches Staatsarchiv - Bergarchiv Freiberg, Bestand 40098-1, Vereinigung Volkseigener Betriebe der Steinkohle Zwickau Nr. 54. Es erschien lediglich der erste Teil eines nicht weiter fortgeführten Beitrages zur Unfalluntersuchung; Wolowczyk/Hornberger 1961, S.

- 563-570. Wegen der Veröffentlichung erstattete der Direktor der VVB Steinkohle, Köhler, Strafanzeige, die beiden Autoren wurden ebenso gemäßregelt wie der Direktor des VEB Steinkohlenwerk Karl Marx, der an der Publikation mitgewirkt hatte. BStU-BV Karl-Marx-Stadt, L 118, Bd. 1, Maßnahmen der Stasi-Operativgruppe nach der Grubenkatastrophe, dat. 25.11.1962, Bl. 62- 69, hier Bl. 65.
- 16 Noch heute verlangen Nachkommen der 1960 tödlich verunglückten Bergleute (diese hinterließen immerhin 55 Witwen und 103 Kinder) auf der Suche nach einer plausiblen Erklärung für die Tragödie Einsicht in die entsprechenden Unterlagen im Bergarchiv Freiberg. Deren hier vorgetragene individuelle Erfahrungen mit der Erinnerung und der Aufarbeitung des Unglücks kontrastieren erschreckend mit dem seinerzeit offiziell konstruierten Bild der Geschehnisse.
- 17 Solche Gerüchte sind allerdings regelmäßig nirgends aktenkundig gewordenen und wurden erst in den letzten Jahren öffentlich artikuliert, siehe beispielhaft Klemm 2008; Sächsische Zeitung vom 20./21.02.2010, S. M 2-3 sowie zuletzt in der Chemnitzer BILD-Zeitung vom 20.02.2010 („Die Wahrheit über das Zwickauer Grubendrama von 1960“).
- 18 BStU-BV Karl-Marx-Stadt, L 118 Bde. 1-2, hier Bd. 1, Bl. 110, Bericht über die objektiven Feststellungen zur Ursache der Grubenkatastrophe am 22.2.1960 in der I. Abteilung des VEB Steinkohlenwerk Karl Marx Zwickau vom 18.05.1962.
- 19 Hilde Benjamin (1902-1989) war in der DDR u. a. Mitglied des SED-Zentralkomitees sowie Vizepräsidentin des Obersten Gerichts (bis 1953) und Justizministerin (bis 1967). Bei mehreren viel beachteten Schauprozessen gegen vermeintliche Kriegs- und NS-Verbrecher war sie beratend tätig (sogenannte Waldheimer Prozesse), bei weiteren Verfahren gegen Sozialdemokraten und angebliche Systemgegner fungierte sie als Vorsitzende Richterin. Nach der Niederschlagung des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 stimmte Benjamin die entsprechenden gerichtlichen Anklagen und Urteile mit der SED-Parteiführung ab. Wegen ihrer Mitverantwortung für schwerstes Justizunrecht der SED (darunter zahlreiche Todesurteile) wurde Benjamin in der DDR im Volksmund auch „Rote Hilde“ genannt.
- 20 Die einschlägigen Unterlagen betreffend dieses Unglück siehe Sächsisches Staatsarchiv - Bergarchiv Freiberg, Bestand 40124, VEB Steinkohlenwerk Martin Hoop Nr. 8, 24, 45, 47, 68, 213, 215, 216.
- 21 Fischer 1958.
- 22 Sächsisches Staatsarchiv - Bergarchiv Freiberg, Bestand 40098-1, Vereinigung Volkseigener Betriebe der Steinkohle Zwickau Nr. 1108.
- 23 BStU-BV Karl-Marx-Stadt, BdL-Dok 500120. An diesem Beispiel ist eindrücklich die völlig verfehlte Wirkung der geheimpolizeilichen Ermittlungen erkennbar. Da deren Untersuchungsergebnisse weder durch eine Anklageerhebung vor einem ordentlichen Gericht noch durch eine wissenschaftliche Publikation oder sonst irgendwie öffentlich bekannt werden durften, konnte auch keine Diskussion über eine geeignete Ursachenbehebung erfolgen und Bergaufsichtsbehörden, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft auch keinen entsprechenden Druck auf die Betriebsführung ausüben. Alle diese Akteure hatten sich in der DDR dem von der SED erlassenen Kommunikationsverbot zu fügen – entsprechend gering war der Innovationsdruck auf die allmächtige Partei und der Investitions- und Modernisierungstau zu Ende der SED-Herrschaft.
- 24 Techniker der VVB Steinkohle bemängelten, diese Gasmenge sei zu gering gewesen und das Brandgas sei nicht restlos herausgespült worden. Sächsisches Staatsarchiv – Bergarchiv Freiberg, Bestand 40119-1, VEB Steinkohlenwerk Karl Marx Nr. 57, unpg., Kurze Analyse vom 2.3.1961.
- 25 Sächsisches Staatsarchiv - Bergarchiv Freiberg, Bestand 40119-1, VEB Steinkohlenwerk Karl Marx Nr. 302, unpg.
- 26 Sächsisches Staatsarchiv - Bergarchiv Freiberg, Bestand 40119-1, VEB Steinkohlenwerk Karl Marx Nr. 292, Bl. 28.
- 27 BStU-BV Karl-Marx-Stadt, AKG 5788, Ungezeichneter Bericht vom 23.11.1960 „Betr. Stand der technischen Sicherheit im Steinkohlenbergbau“.
- 28 Sächsisches Staatsarchiv - Bergarchiv Freiberg, Bestand 40119-1, VEB Steinkohlenwerk Karl Marx Nr. 58, Schreiben des VVB-Generaldirektors Scheitler an den Direktor des VEB Steinkohlenwerk Karl Marx.
- 29 BStU, MfS-BdL Dok 003936, am 25.02.1960 ordnete Staatssicherheitsminister Erich Mielke bezüglich des Staatstrauertages für die Opfer des Unglücks am 27.02.1960 an „...wenn kirchliche Einrichtungen sich durch das Läuten der Glocken an den Gedenkminuten beteiligen, werden dagegen keine Einwände erhoben. In solchen Fällen, wo kirchliche Stellen nachfragen, ob während der Gedenkminuten geläutet werden darf, ist zu antworten, daß der Wunsch besteht, die Gedenkminuten durch nichts zu stören“. Zwickau gedenkt der toten Bergleute, in: Freie Presse (Ausgabe Zwickau) vom 23.02.2010.

Bibliographie

- AUS DER TIEFE ANS LICHT:
2006 Aus der Tiefe ans Licht. Bildmaterialien zur Geschichte des sächsischen Steinkohlenbergbaues. Bearbeitet von Andreas Erb und Mona Harring, Halle/Saale 2006 (= Veröffentlichungen des Sächsischen Staatsarchivs A7).
- BEITRÄGE ZUR REGIONALGESCHICHTE DES STEINKOHLBERGBAUS/1:
2004 Beiträge zur Regionalgeschichte des Steinkohlenbergbaus in Sachsen, Bd. 1: „Oral History Projekt“ – eine Zeitzeugenbefragung. Hrsg. vom Bergbaumuseum Oelsnitz / Erzgebirge, Oelsnitz 2004.
- BEITRÄGE ZUR REGIONALGESCHICHTE DES STEINKOHLBERGBAUS/2:
2006 Beiträge zur Regionalgeschichte des Steinkohlenbergbaus in Sachsen, Bd. 2: „Umprofilierung des Sächsischen Steinkohlenbergbaus“. Hrsg. vom Bergbaumuseum Oelsnitz / Erzgebirge und dem Sächsischen Staatsarchiv Bergarchiv Freiberg, Oelsnitz 2006.
- DER STEINKOHLBERGBAU IM ZWICKAUER REVIER:
2000 Der Steinkohlenbergbau im Zwickauer Revier. Hrsg. vom Steinkohlenbergbauverein Zwickau e.V., Zwickau 2000.
- DIE GRUBENKATASTROPHE IM VEB STEINKOHLBERGWERK „KARL MARX“:
2010 Die Grubenkatastrophe im VEB Steinkohlenwerk „Karl Marx“ Zwickau vom 22. Februar 1960. Hrsg. vom Steinkohlenbergbauverein Zwickau e.V. / Stadt Zwickau, Wilkau-Haßlau 2010.
- FISCHER, Rudolf:
1958 Martin Hoop IV, Berlin (Ost) 1958.
- GIESEKE, Jens:
2001 Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945-1990, Stuttgart/München 2001.
- HÄBER, Hans:
Die Explosion (in Vorbereitung).
- HAENDCKE-HOPPE-ARNDT, Maria:
1997 Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft, hrsg. von der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), Berlin 1997 (= Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur, Methoden. MfS-Handbuch; III/10).
- HEITMANN, Clemens:
2009 Denkmäler für die letzte Schicht. Erinnerungsorte zu einem tragischen Kapitel sächsischer Bergbaugeschichte, in: Sachsenbummel, Heft 3 (2009), S. 8-13.
- HEITMANN, Clemens/SONNTAG, Marcus:
2009 Einsatz in der Produktion. Soldaten und Strafgefangene als Stützen der DDR-Staatswirtschaft, in: Deutschland Archiv: Zeitschrift für das vereinigte Deutschland, 42 (2009), S. 451-458.
- KLEMM, Thomas:
2008 Die Katastrophe vom 22. Februar 1960, Grimma 2008 (Selbstverlag).
- KROKER, Evelyn/FARRENKOPF, Michael:
1998 Grubenunglücke im deutschsprachigen Raum. Katalog der Bergwerke, Opfer, Ursachen und Quellen, Bochum 1998.
- VOGEL, Rolf:
1991 Das Lugau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier, Oelsnitz 1991.
- VON DEN BRÜCKENBERGSGHÄCHTEN:
1960 Von den Brückenbergschächten zum VEB Steinkohlenwerk Karl-Marx, Zwickau 1859 – 1959. Hrsg. von der Leitung der Betriebsparteiorganisation und der Werkleitung des VEB Steinkohlenwerkes Karl Marx, Zwickau, Zwickau 1960.
- WOLOWCZYK, Paul/HORNBERGER, Gerhard:
1961 Die Grubenkatastrophe im VEB Steinkohlenwerk Karl Marx in Zwickau (I). Erfahrungen bei der Grubenbrandbekämpfung und der Abdämmung, Überwachung, Durchspülung und Gwärtigung des Brandfeldes, in: Bergakademie. Zeitschrift für Bergbau, Hüttenwesen und verwandte Wissenschaften, hrsg. vom Rektor der Bergakademie Freiberg, 13. Jg. (1961), S. 563-570.

Filmographie

- Tod im Schacht – Zwickau 1960. Produziert von Kerstin Mauersberger und Jürgen Ast (Dokumentationsreihe „Vergessene Katastrophen“). Erstausstrahlung im MDR-Fernsehen am 15.10.2002
- Echt! Das Grubenunglück von Zwickau. Erstausstrahlung im MDR-Fernsehen am 26.02.2010

Anschrift des Verfassers

Dr. Clemens Heitmann
Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
- Außenstelle Chemnitz -
Jagdschänkenstraße 52
09117 Chemnitz